Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr,
Börsenbericht, Fremdenliste.
Pränumerationspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Zuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38b Vorm. 8–3 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißnerstr. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Der 1spaltige Grundzeile angehörende Silben 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich (Einges.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Annoncenseite Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncirungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang. Dresden, 1894.

Mollige Schlafröcke von 10 Mk. an
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 8u. 10.

H. Niedenführ

H. Niedenführ
Dresden, Wallstr. 14.
Hauptniederlage
der Nähmaschinen- u. Fahrräder-Fabrik vorm.
Seidel & Naumann,
Dresden.

Franz Pillnay
Fabrik zweckentsprechender Lacke für alle Branchen
Dresden-Neustadt.

MATTONI's
GIESSHÜBLER
reinster alkalischer
SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk,
erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI
in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

L. Weidig
Nr. 34 Waisenhaus-Strasse Nr. 34.
Grosse Auswahl in Neuheiten
hochelegant garnirter Damenhüte
in jeder Preislage.
Regelmässige persönliche Einkäufe in Modebedarf in Berlin, Paris, Wien.

Photographie von Hahn's Nachf.
Specialitäten: **Kinder-** und **Gruppen-Aufnahmen.** Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark. **Vergrösserungen** nach jedem Bild in künstl. Ausführung.

Jetzt: Waisenhausstr. 16,
gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 319. Spiegel: Die Wahlen in den Vereinigten Staaten. Elektrizitätsvorlage. Allgemeiner Handwerkerverein. Die Neuner und die innere Mission. Gerichtsverhandlungen. Concert in der Gesellschaft Harmonie. „Doktor Wespe". **Wetter:** Leicht bewölkt. **Donnerstag, 15. Novbr.**

Politisches.

In den Vereinigten Staaten von Amerika ist eine jener Ueberraschungen eingetreten, auf die man unter der Herrschaft eines demokratisch ausgestalteten Wahlrechts stets gefaßt sein muß, wenn sich auch die politischen Wetterpropheten darüber ärgern mögen, daß auf solche Art ihre Erbweisheit schnöde zu Schanden gemacht wird. Die in diesen Tagen vollzogenen Wahlen zum Senat und Repräsentantenhaus für einen Theil der verfassungsmäßig ausgeschiedenen Mitglieder der beiden Körperschaften, sowie die ebenfalls vorgenommenen Gemeindewahlen in mehreren Einzelstaaten sind gerade in der entgegengesetzten Richtung ausgefallen, als man aller Orten vermuthet hatte. In der Bundeslegislative war bisher das Verhältniß derartig, daß im Repräsentantenhause eine kompakte demokratische Mehrheit sah, während die Bevorzugung der bisherigen republikanischen Mehrheit des Senats durch die Neuwahlen gewissermaßen als selbstverständlich angenommen wurde. Zugleich hofften die Demokraten auf eine beträchtliche Erweiterung ihres Machtgebietes mit Hilfe der Gemeindewahlen. Durch diese Rechnung, die in den Verhältnissen Bestens begründet erschien, haben nunmehr die amerikanischen Wähler einen dicken Strich gemacht. Auf der ganzen Linie sind die demokratischen Heerschaaren geschlagen worden. Nicht nur, daß die Bastei des Senats unerobert geblieben ist, hat sich auch über das Repräsentantenhaus eine republikanische Hochfluth ergossen und die Mehrheit mit einem Schlage auf die Seite der Republikaner gebracht. Daneben ist auch bei den Gemeindewahlen den Demokraten eine Bastion nach der andern entrissen worden, so daß die demokratischen Reihen in völlige Deroute gerathen sind. Von welcher einschneidenden Bedeutung der von den Republikanern errungene Sieg ist, zeigt die Thatsache, daß künftig nach den bisherigen, allerdings noch nicht völlig zuverlässigen Berechnungen eine republikanische ¾-Mehrheit auch im Repräsentantenhause vorhanden sein wird. Dies bedeutet, daß die Republikaner im Stande seien, ein etwaiges Veto des Präsidenten gegen einen übereinstimmenden Beschluß der beiden gesetzgebenden Häuser in jedem Fall zu entkräften, da nach der amerikanischen Konstitution das präsidentielle Veto dann seine Wirkung verliert, wenn der mit dem Veto belegte Beschluß bei einer abermaligen Abstimmung in beiden Kammern mit einer ¾-Mehrheit aufrecht erhalten wird.

Da die republikanische Partei unter der Flagge des Hochschutzzolles segelt, so ist die neueste Wendung der Dinge in Amerika geeignet, die industriellen Kreise des Auslandes, deren Sorgen kaum durch die Tarifreform einigermaßen beschwichtigt worden waren, aufs Neue in lebhafte Beunruhigung zu versetzen. Es ist daher von Wichtigkeit, die voraussichtliche Bedeutung des republikanischen Sieges zu würdigen, soweit sich aus der derzeitigen Lage hinreichende Anhaltspunkte ergeben. Die Republikaner haben in der transatlantischen Republik seit dem Bürgerkriege ununterbrochen 25 Jahre hindurch das Scepter geführt. Erst die Wahlen des Jahres 1884 brachten die demokratische Partei unter Cleveland an's Ruder und setzten damit die Frage der inneren Reformen auf die Tagesordnung. Da rotteten sich die Republikaner zu einer verzweifelten Kraftanstrengung auf und mit Hilfe einer beispiellosen Wahlbeeinflussung, die selbst in dem doch wahrlich in diesem Punkte nicht skrupulösen Amerika allgemeines Aergerniß erregte, rissen sie die ihren Händen entglittenen Zügel des Parteiregiments im Jahre 1888 wieder an sich. Die Herren hatten aber in den 4 Jahren ihrer Amtsentsetzung nicht nur nichts hinzugelernt, sondern obendrein noch Alles, was sie früher trotzten, vergessen. Sie wirthschafteten sie denn von 1888 bis 1892 ärger als je darauf los und krönten ihre „Pool"-Politik, ihr bestechliches und korruptes Parteiregiment durch den Erlaß der Mac Kinleybill vom 6. Oktober 1890 und eine zügellose Fremdenhatz, die sich insbesondere gegen das deutsche Element richtete. Die Antwort auf diese republikanische Mißwirthschaft gab das amerikanische Volk im Jahre 1892, indem es eine überwältigende demokratische Mehrheit in's Repräsentantenhaus und den reformfreundlichen Cleveland abermals in's Weiße Haus nach Washington entsendete. Damals war die allgemeine Ueberraschung über diesen unerwarteten energischen Protest der Wähler gegen die Republikaner genau eben so groß, wie sie heute angesichts des Votums der Nation zu Gunsten der Republikaner ist.

Sind die Republikaner inzwischen vielleicht bessere Menschen geworden? Oder hat sich die freihändlerische demokratische Raupe über Nacht in einen schutzzöllnerischen republikanischen Schmetterling verwandelt? Keins von beiden! Man kann daher zur Erklärung des republikanischen Sieges nur annehmen, daß das „voting cattle", das „Stimmvieh", als welches die Wählermassen von den amerikanischen Politikern gemeiniglich betrachtet und behandelt werden, in diesem Falle eine wohlüberlegte eigene Meinung gezeigt und den Demokraten wegen ihres schwankenden und unehrlichen Verhaltens in der Frage der Tarifreform eine derbe Lektion ertheilt habe. Cleveland scheint die jetzige Katastrophe vorausgeahnt zu haben, wenn man nach dem bedeutungsvollen Ernst urtheilen darf, mit dem er die Demokraten fortgesetzt auf ihre Pflichten in der Tarifrage gegenüber der Nation hingewiesen hat. Noch im Sommer dieses Jahres richtete der Präsident an einen einflußreichen demokratischen Politiker ein energisches Schreiben, in welchem es unter Anderem hieß: „Alle, die zur Erfüllung dieses Versprechens (nämlich einen vernünftigen Finanzzolltarif an die Stelle des unvernünftigen Schutzzolltarifs Mac Kinley's zu setzen), verpflichtet sind, sollten sich bewußt werden, daß, wie wir unter dem Banner der Tarifreform gesiegt haben, das Festhalten an diesem Prinzip die Bedingung dafür ist, daß uns das Vertrauen des Volkes erhalten bleibt und daß die Treue zur Partei die Unterordnung persönlicher Vortheile und Wünsche und das Aufgeben kleinlicher und unwürdiger Eifersüchteleien und Streitigkeiten verlangt, wenn die Grundsätze, die Integrität und die Existenz der Partei auf dem Spiel stehen." Es spricht in der That eine große Wahrscheinlichkeit dafür, daß die über die demokratische Verschleppung der Tarifreform erbitterte Wählerschaft die Wahlurne als Disziplinarmittel gegenüber den Demokraten gebraucht hat.

Diese Wahrscheinlichkeit steigert sich durch den Umstand, daß auch die vor einigen Jahren neu aufgetauchte Partei der Populisten, die sich aus allen unzufriedenen bürgerlichen Elementen, insbesondere des Westens rekrutirte und bei den letzten Präsidentschaftswahlen die immerhin stattliche Anzahl von circa 1 200 000 Stimmen bei 12 Millionen Stimmen überhaupt erzielte, diesmal so gut wie vollständig von der Bildfläche verschwunden ist. „Wenn alle Stränge reißen," so kalkulirte man ziemlich auf Seiten aller Unzufriedenen, „so bleibt uns nichts weiter übrig, als wieder auf die republikanische Partei zurückzugreifen, die doch wenigstens gewisse nationale Traditionen hat." So geschah das Unerwartete. Demokraten und Populisten blieben gleichzeitig auf der Strecke liegen und mögen es sich jetzt gesagt sein lassen, daß man die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten nicht länger durch leere Versprechungen fängt, sondern daß überall Thaten erwartet werden, und zwar im Sinne einer energischen Reform der Zollpolitik und der ganzen korrumpirten Verwaltung. Sehr bezeichnend für die nach dieser Seite gerichteten Wünsche der öffentlichen Meinung ist der allgemeine Jubel, den die Sprengung des berüchtigten „Tammany"-Ringes, einer schamlosen Ausbeuterklique, welche die Stadt New-York sich förmlich tributpflichtig gemacht hatte, erregt hat. Besonderes Verdienst um die Beseitigung dieser Pestbeule am Leibe New Yorks nicht nur, sondern der ganzen Union hat sich der neu gegründete „Deutsch-amerikanische Reformbund" erworben, der auf Grund gewissenhafter Ermittelungen die geradezu scheußliche Korruption im Schooße der New-Yorker Stadtverwaltung vor dem ganzen Lande aufgedeckt und dadurch den Anstoß zum Sturze jener schändlichen Organisation gegeben hat. Dies Resultat der jüngsten Wahlen ist jedenfalls überall freudig zu begrüßen.

Daß die Republikaner sich selbst über die tieferen Ursachen ihres Sieges täuschen sollten, ist schwer anzunehmen. Deshalb darf man wohl auch die Gerüchte einer erneuten beschäftigungspolitischen Politik als ausgeschlossen betrachten. Da aber die Republikaner sich willfährig zeigen werden, einen Schritt weiter zu thun und sich der von der öffentlichen Meinung verlangten Reformarbeit im Innern zuwenden werden, so eine andere Frage. Die Erfahrung spricht nicht dafür. Unter diesen Umständen erscheint die Stellung des Präsidenten Cleveland überaus schwierig. Er hat inzwischen dem einfachen Willen, das innerpolitische Leben der Republik auf eine weiter und edelmüthige Grundlage zu stellen, aber gerade die Ehrlichkeit seiner Absichten ist ihm hindernlich. Gegen eine demokratische Zelle hat man sich nicht wehren, ihn lähmer zu verhindern, indem man ihm geheimes Einverständniß mit den Trusts vorwarf. Ferner intrigirt gegen ihn der Geheimbund der „American Protective Association", dessen Ziel die Verdrängung der Katholiken aus allen öffentlichen Aemtern der Union bildet und der in Cleveland eine Art von verkapptem Katholiken zu wittern scheint. Alles in Allem machen die amerikanischen Verhältnisse den Eindruck einer stark centrifugalen Bewegung, in der sich ein Interessengegensatz nach dem anderen von dem gemeinsamen Staatsverbande loslöst und das Wohl des Ganzen gefährdet. Es ist zur Zeit keine Aussicht vorhanden zu sein scheint, daß eine lebensfähige Reformpartei das Staatsruder dauernd in die Hand nehmen werde, so ist voraussichtlich ein Ende dieses Prozesses nicht abzusehen. Vielleicht ist die Erkenntniß der in solchen Zuständen liegenden Gefahr für den Bestand der Union überhaupt mit ausschlaggebend gewesen, als sich die amerikanischen Wähler neuerdings für die republikanische Partei erklärten, die immerhin in der Frage der Stärkung der Bundesgewalt den weitgehendsten Standpunkt einnimmt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 14. November.

Berlin. Der Kaiser nahm heute Vormittag an der Vereidigung der Rekruten der Potsdamer Garnison Theil, welche im Langen Stall in Potsdam in feierlicher Weise vor sich ging. Nach der Vereidigung nahm der Kaiser die Meldung der zu den Beisetzungsfeierlichkeiten nach Petersburg sich begebenden Abordnungen entgegen. Bei der Rekrutenvereidigung hielt der Kaiser eine Ansprache, welche die Truppen mit dreifachem Hurrah erwiderten. Die Vereidigung der Rekruten der Berliner Garnison erfolgt morgen Mittag. — Prinz Friedrich Leopold ist anläßlich seines heutigen 20. Geburtstages zum Generalmajor befördert worden. — Der König von Dänemark, welcher auf der Durchreise nach Petersburg gestern hier eingetroffen war, wurde vom Kaiser auf dem Bahnhofe empfangen und nach dem Schloß geleitet, woselbst der König übernachtete, um heute sich seine Reise fortzusetzen. — Nachdem Fürst zu Hohenlohe-Langenburg zum Statthalter in Elsaß-Lothringen ernannt worden ist, sind demselben mittelst kaiserlicher Verordnung, wie heute im „Reichsanzeiger" veröffentlicht wird, die mit der Statthalterschaft verbundenen landesherrlichen Befugnisse ertheilt worden. — Wie soeben mitgetheilt wird, ist unser mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten Schönstedt nur mit dem Oberreichsanwalt Tessendorff wegen des Justizportefeuilles verhandelt worden. Letzterer hat abgelehnt. Die Gerüchte über weitere Veränderungen im preußischen Staatsministerium werden sämmtlich für unbegründet erklärt. — Der Vorlage betr. die Abwehr der Umsturzbestrebungen ist die kaiserliche Ermächtigung der Einbringung beim Bundesrathe nunmehr ertheilt worden. — Im nächsten Marineetat werden dem „Hamb. Korresp." zufolge für Kreuzer folgende Forderungen erscheinen: Kreuzer 1. Klasse Ersatz „Leipzig", 1. Rate 1 Million Mark, Kreuzer 3. Klasse „K" 1. Rate 2 Mill. Mk., Kreuzer 3. Klasse „L" 1. Rate 2 Mill. Mk. und Kreuzer 3. Klasse Ersatz „Freya" 1. Rate 2 Mill. Mk. — Ueber die Unterwerfung Witboi's berichtet die „Südafrikanische Zeitung" u. A.: Als Major Leutwein Witboi anwendete, sich dem deutschen Lager zu stellen, weigerte sich Witbois, dies zu thun und richtete dieselbe Forderung an den Major. Trotz vielfacher Warnungen hatte dieser den Muth dann mit Ketterle, von nur zwei Mann begleitet, über Felsen und Geröll in Witboi's Lager, wo er von dem Hauptkapitän Feinde empfangen wurde. Der Friedensschluß ist denn auch ein ehrlicher und hoffentlich dauernder geworden, wie aus der Proklamation des Landeshauptmannes hervorgeht. In derselben heißt es: Nachdem der Kapitän Hendrik Witboi, das Resultat eines längeren Widerstandes einsehend, sich unter die Schutzherrschaft des deutschen Kaisers gestellt hat, so hatte die Proklamation der Kaiserl. Landeshauptmannschaft gegen ihn und seine Leute vom 5. April d. J. hiermit außer Kraft. Der Kapitän Witboi hat gelobt, mit allen Kapitänen und Stämmen des deutschen Schutzgebietes in Frieden zu leben und sich von jetzt ab lediglich der Regierung seines Volkes widmen zu wollen. Als künftigen Wohnsitz hat sich Kapitän Witboi seinen alten Stammsitz Gibeon ausgebeten und habe ich ihm denselben, diesem Wunsche gern Rechnung tragend, zurückgegeben. Bei dem jetzigen Charakter des Kapitän Witboi ist gewiß, daß derselbe sein Wort treu und redlich halten und der Kaiserl. Regierung, wie er bisher ein ehrlicher Feind gewesen ist, so auch künftig ein ehrlicher Freund sein werde.

Köln. Im Streite brachte ein Ehemann seiner Frau mehrere Messerstiche bei, worauf diese sich aus dem Fenster der zweiten Etage hinabstürzte und sofort verstarb. Hierauf versuchte der Mann sich selbst zu entleiben, er verletzte sich jedoch nur unerheblich und wurde in Haft genommen.

Hamburg. Der Verein deutscher Handlungskommis von 1858, dessen Hauptzweck in der kostenfreien Stellenvermittelung für seine Mitglieder besteht, deren Zahl auf 15 000 angewachsen ist, hat heute die 50 000. Stelle besetzt.

Hannover. Der antisemitische Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Eichsfelde und Schmalkalden, Hans Lenz, ist, wie dem „Berl. Tagebl." gemeldet wird, auf Beschluß des Königl. Landgerichts zu Hannover wegen dringenden Verdachtes des Meineides verhaftet worden. Den Meineid soll Lenz in dem bekannten Ehescheidungsprozeß seines ehemaligen Freundes Dr. Schmitz begangen haben.

Königsberg i. Pr. Am 12. November wurden neun Erkrankungen an Cholera, sowie ein Todesfall gemeldet. In Godrgallen im Kreise Niederung erkrankten gleichzeitig 5 Mitglieder einer Familie.

Kassel. Gegen 5 Männer, die Haupturheber der üblen Zustände, fällte das Schwurgericht nach mehrtägigen Verhandlungen, welche unter großem Andrange des Publikums stattfanden, folgendes Urtheil: die Freunden, an den Neubauten beschäftigt gewesenen Arbeiter Roth, Schmidt und Kehraus wurden zu je 1 Jahr Gefängniß verurtheilt, die hiesigen verheiratheten Arbeiter Holzapfel und Henne wurden freigesprochen. Die Geschworenen hatten 50 Schuldfragen zu beantworten.

Köln. Der Petersburger Korrespondent der „Köln. Ztg." versichert, in allernächster Zeit werde außer dem Generalgouverneur Gurko dem Kriegsminister Wannowsky, den Kommandeuren der Militärbezirke Moskau und Wilna, auch der Minister v. Giers sein Amt niederlegen.

Wilhelmshaven. Die „Irene" wird erst am 17. November nach China absegeln und unterwegs in Marokko wegen der Ermordung des Deutschen Neumann ankaufen. — Der Kaiser wird am Sonnabend zu der Vereidigung der Rekruten hier erwartet. — Der Dampfer „Soltau" ist mit dem Ablösungstransport aus Westafrika hier eingetroffen.

Berlin. Das Befinden des Fürsten Bismarck ist ziemlich befriedigend. Die neuralgischen Schmerzen sind nicht viel stärker als gewöhnlich. Die Fürstin fühlt sich weniger wohl und deshalb ist der Tag der Abreise noch unbestimmt.

Neuruppin. Ein hiesiger Fleischermeister ermordete einen Kollegen, dessen Geschäft er vor Jahresfrist übernommen hatte, mittelst eines Schlächtermessers, indem er ihm das Herz durchbohrte. Der Tod trat sofort ein. Der Mörder ist verhaftet.

Elberfeld. In vergangener Nacht brach in der Kinderstraße Feuer aus, wobei 8 Bewohner des betreffenden Hauses und ein bei den Rettungsarbeiten thätig gewesener Schutzmann erstickt sind. Das Feuer entstand in einem in dem Hause befindlichen Cigarrengeschäft. 4 Personen wurden wegen Verdachts der Brandstiftung verhaftet.

Erfurt. Die Verhandlung gegen den Oberförster Gerlach und Frau aus Sondershausen wegen schwerer, mit dem Tode endenden Mißhandlungen ihres Dienstmädchens hat heute unter großem Andrang des Publikums vor dem hiesigen Schwurgericht begonnen. Die Angeklagten bestreiten ihre Schuld.

Paris. Gegen die Bewilligung der 120 000 Frcs. für die Reiselosten der Besucher Frankreichs beim Begräbniß des Czaren sind 18 Sozialisten, was einen Opportunisten zu dem Ausspruch veranlaßte: „Wir haben in der Kammer Nicht-Franzosen!" — Gestern ist die Sendung der 60 Kranzspenden vom Auswärtigen Amt nach Petersburg abgegangen. Unter den 60 Kränzen sind gegen 20 Kunstwerke aus Gold und Silber, von theilweise riesiger Größe, die je einen Werth von 20- bis 30 000 Frcs. haben.

Paris. Der „Figaro" veröffentlicht heute die Musik und den deutschen Text der Komposition Kaiser Wilhelms: „Der Sang an Aegir".

Zürich. Der Mörder, welcher in der Nähe des Polytechnikums an einem jüdischen Mädchen einen Lustmord begangen, ist in der Person eines italienischen Kastanienhändlers ermittelt worden. Der Italiener hatte in der letzten Zeit in der Schweiz eine ganze Reihe von Verbrechen begangen.

London. Nach einer Meldung aus Tientsin haben die Forts von Taku heute früh den Dampfer „Chung King" salutirt. Das chinesische Schiff hat überdies dem englischen Gesandten gegenüber Erklärungen abgegeben.

London. Nach einer Shanghaier Depesche soll nach den fruchtlosen Bemühungen, England, Frankreich, Rußland, Deutschland und die Vereinigten Staaten zur Einmischung zu veranlassen, der Vater des gegenwärtigen Kaisers ausgerufen haben: „Nun ist China verloren." — Hundert Haremsdamen, mehrere Staatsminister und eine Menge reicher Einwohner haben Peking bereits verlassen. Es wird geglaubt, die chinesischen Befehlshaber erhielten geheime Weisungen, dem Vordringen der Japaner sich nicht länger zu widersetzen.

Petersburg. Hiesige Blätter melden, daß das Projekt, nach dem Auslande auszuführende Pferde mit einem Ausfuhrzoll zu belegen, noch vor Neujahr im Reichsrathe zum definitiven Beschluß gelangen soll.

Belgrad. Bei dem angeblichen Einfall von Albanesen bei Wranja handelt es sich nach dem amtlichen Berichte um einen einfachen Schmuggelversuch.

Pfund's gerichtlich geprüfte Kindermilch. Trocken-fütterung
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.